

## Synopse

### Nachtrag VII zum Personalreglement (PR) vom 21. Februar 2012

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (SRS Nummern)

Neu: –  
Geändert: **191.1**  
Aufgehoben: –

Geltendes Recht	Beilage Vorlage Stadtparlament (WoZ)
	<b>Nachtrag VII zum Personalreglement (PR) vom 21. Februar 2012</b>
	<i>Das Stadtparlament</i> <i>beschliesst:</i>
	<b>I.</b>
	Der Erlass SRS 191.1 (Personalreglement (PR) vom 21. Februar 2012) (Stand 1. Januar 2022) wird wie folgt geändert:
<b>Art. 5</b> Berufliche Vorsorge  <sup>1</sup> Die berufliche Vorsorge richtet sich nach dem Reglement über die Pensionskasse der Stadt St.Gallen vom 30. April 2013.  a) ...  b) ...  <sup>2</sup> Für die Leistungen bei Nichtwiederwahl gilt das Reglement über Ruhegehalt und Entschädigungen bei Nichtwiederwahl von Angestellten. <sup>1)</sup>	<sup>2</sup> <i>Aufgehoben.</i>

<sup>1)</sup> SRS 196.1.

<p><b>Art. 47</b> Treueprämie</p> <p><sup>1</sup> Wenn die Leistung der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters es rechtfertigt, wird eine Treueprämie in der Höhe von 1/13 des Jahreslohns ausgerichtet:</p> <p>a) nach Vollendung von zehn Dienstjahren;</p> <p>b) in der Folge nach Vollendung von jeweils fünf Dienstjahren.</p> <p><sup>2</sup> Die Treueprämie kann als Urlaub bezogen werden, sofern die betrieblichen Verhältnisse es zulassen.</p> <p><sup>3</sup> Sie wird anteilmässig ausgerichtet, wenn das Dienstverhältnis nach mehr als zehn Dienstjahren alters- oder invaliditätshalber, durch Tod oder wegen nichtverschuldeter Nichtwiederwahl oder wegen nichtverschuldeter Kündigung aufgelöst wird.</p> <p><sup>4</sup> Mit dem Entstehen eines neuen Anspruchs werden nicht bezogene Treueprämien ausbezahlt.</p>	<p><sup>1</sup> Wenn die Leistung der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters es rechtfertigt, wird eine Treueprämie in der Höhe von 1/26 des Jahreslohns ausgerichtet nach Vollendung des 10., 20., 30. und 40. Dienstjahres.</p> <p>a) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>b) <i>Aufgehoben.</i></p>
<p><b>Art. 48</b> Wohnsitzzulage</p> <p><sup>1</sup> Bei Wohnsitz in der Stadt St.Gallen wird eine Wohnsitzzulage ausgerichtet.</p> <p><sup>2</sup> Die Höhe der Zulage richtet sich nach dem Anhang zu diesem Reglement.</p>	<p><b>Art. 48</b> <i>Aufgehoben.</i></p>
<p><b>Art. 49</b> Inkonvenienz- und andere Zulagen</p> <p><sup>1</sup> Der Stadtrat regelt die Ausrichtung von:</p> <p>a) Inkonvenienzzulagen für Arbeitsbereiche mit besonderen Dienstplänen;</p> <p>b) Zulagen für angeordnete Überzeit während der Nacht, an Samstagen und arbeitsfreien Tagen sowie an Sonn- und Feiertagen;</p> <p>c) Zulagen für die Verrichtung aussergewöhnlich beschwerlicher oder gefährlicher Arbeiten;</p>	<p>c) <i>Aufgehoben.</i></p>

<p>d) Funktionszulagen für die länger dauernde Erfüllung von Aufgaben mit erhöhter Verantwortung, die nicht zum ordentlichen Aufgabenbereich gehören;</p> <p>e) Verpflegungszulagen.</p>	
<p><b>Art. 65</b> Ferien</p> <p><sup>1</sup> Die jährlichen Ferien betragen ab Beginn des Kalenderjahrs, in welchem das betreffende Altersjahr vollendet wird:</p> <p>a) bis zum 20. Altersjahr: 5 Wochen;</p> <p>b) ab dem 21. bis zum 44. Altersjahr: 4 Wochen;</p> <p>c) ab dem 45. bis zum 54. Altersjahr: 5 Wochen;</p> <p>d) ab dem 55. Altersjahr: 6 Wochen.</p> <p><sup>2</sup> Bei jeder Dienststelle wird die Ferieneinteilung am Anfang des Jahres nach Anhören der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen so festgelegt, dass die gute Erfüllung der Verwaltungsaufgaben gewährleistet bleibt.</p> <p><sup>3</sup> Bei besonderen Verhältnissen kann der Stadtrat zusätzliche Ferien bewilligen.</p>	<p>a) bis zum 54. Altersjahr: 5 Wochen;</p> <p>b) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>c) <i>Aufgehoben.</i></p>
<p><b>Art. 84</b> Ferienguthaben</p> <p><sup>1</sup> Übersteigt das bereits bestehende Ferienguthaben bei Inkrafttreten dieses Reglements den Anspruch für ein Jahr und ist der Bezug des Ferienanspruchs für ein Jahr und des überschüssenden Anspruchs innert des Jahres nach Inkrafttreten des Reglements nicht möglich, so ist festzulegen, wie die Ferientage in einem angemessenen Zeitraum zu beziehen sind. Es kann auch die ganze oder teilweise Auszahlung festgelegt werden.</p>	<p><b>Art. 84</b> <i>Aufgehoben.</i></p>

<b>Art. 86<sup>bis</sup></b> Wechsel zu den neuen Lohnklassen  <sup>1</sup> Die Löhne, wie sie bei Inkrafttreten des Nachtrags III bestehen, werden in der bisherigen Höhe in die neuen Lohnklassen übernommen.  <sup>2</sup> Die Lohnklassenwechsel werden allen Mitarbeitenden schriftlich mitgeteilt.	<b>Art. 86<sup>bis</sup></b> <i>Aufgehoben.</i>
	<b>Art. 87</b> Treueprämie  <sup>1</sup> Bei den bei Inkrafttreten des Nachtrags VII bestehenden Arbeitsverhältnissen wird während einer Übergangsfrist von fünf Jahren die nächstfolgende Treueprämie noch nach dem zuvor geltenden Recht ausgerichtet.
	<b>Art. 88</b> Wohnsitzzulage  <sup>1</sup> Für Mitarbeitende, welchen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens von Nachtrag VII eine Wohnsitzzulage zusteht, wird diese noch in der ursprünglich zugesicherten Höhe während einer Übergangsfrist von 15 Jahren ausgerichtet.
	<b>II.</b>
	<i>Keine Fremdänderungen.</i>
	<b>III.</b>
	<i>Keine Fremdaufhebungen.</i>
	<b>IV.</b>
	Der Stadtrat bestimmt das Inkrafttreten. <sup>2)</sup>

<sup>2)</sup> Inkrafttreten: ...

	<p>St.Gallen, ...</p> <p>Im Namen des Stadtparlaments Der Präsident: Jürg Brunner</p> <p>Der Ratssekretär: Manfred Linke</p>
--	--